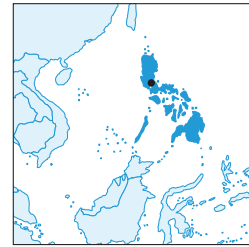


PHILIPPINEN



Rechtliche und institutionelle Aspekte

Die Verfassung der Philippinen aus dem Jahr 1986 bestätigt in Abschnitt 5 des III. Artikels den Anspruch auf Religionsfreiheit und erlaubt die Freie Ausübung religiöser Berufe, Bekenntnisse und religiöser kultischer Handlungen ohne Diskriminierung oder Vorrechte. Diese Prinzipien werden respektiert, und es gab keine Berichte, dass im Beobachtungszeitraum von den Behörden dagegen verstoßen worden wäre.

Das Problem der Region Mindanao

Seit über vierzig Jahren ist die mehrheitlich muslimische Region Mindanao Schauplatz von Zusammenstößen der philippinischen Armee und islamischer Extremisten der Islamischen Befreiungsfront Moro (MILF) und von Abu Sajaf, einer terroristischen Gruppe, die der al-Qaida nahe steht. Seit Jahrhunderten beanspruchen sie die Vormachtstellung über die Insel, und sie kämpfen für die Errichtung eines unabhängigen islamischen Staates, indem sie Anschläge auf Christen verüben, um sie aus „muslimischen“ Territorien zu vertreiben. 1987 erkannte die Zentralregierung die Autonomie eines großen Teils der Insel an und schuf die „Autonome Region im muslimischen Mindanao“. Dieser Schritt der Regierung wurde jedoch als nicht ausreichend betrachtet, und Attentate wie auch Zusammenstöße zwischen Armee und der MILF haben eigentlich nie aufgehört.

In einem Versuch, die Rebellen zu bekämpfen, initiierte die damalige Präsidentin Gloria Arroyo im August 2008 eine schlimme Offensive, bei der auch schwere Artillerie zum Einsatz kam. In weniger als neun Monaten forderte der Konflikt fast hundert Tote und machte 750 000 Christen und Muslime zu Flüchtlingen.

Im September 2009 nahmen die MILF und die philippinische Regierung in Kuala Lumpur, Malaysia, erneut Verhandlungen auf, um dem Konflikt ein Ende zu setzen. An den Verhandlungen nahmen auch Vertreter der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und der Vereinten Nationen teil.

Trotz der Vereinbarungen zwischen der Regierung und jenen Führern der MILF, die sich für die Kooperation entschieden hatten, setzten

RELIGIONEN



Christen	88,7%
Muslime	6,6%
Animisten	3,3%
Sonstige	1,4%

Katholiken

73 726 000

Fläche

300 000 km²

Einwohner

93 617 000

Flüchtlinge

95

Binnenflüchtlinge

125 000–188 000

Terroristen der Abu Sajaf und verschiedene Moro-Vertreter, die sich gegen die Linie ihrer Leader stellten, die Offensive fort. Experten zufolge hat sich mittlerweile durch die anarchische Atmosphäre und die zahlreichen Truppen, die in Gebieten mit muslimischer Mehrheit eingesetzt wurden, mit den Jahren eine Art schweigender Übereinkunft zwischen Rebellen und der Armee entwickelt. Die „Strategie der Spannung“ ist zweckdienlich für die MILF, um den Einsatz in ihren Verhandlungen mit der Regierung erhöhen zu können, und nützlich für die Armee, da auf diese Weise gewährleistet ist, dass sie jedes Jahr die finanziellen Mittel erhält, um gegen die Guerilla-Kämpfer vorzugehen. Die christliche Gemeinschaft zahlt den Preis hierfür und musste 2009 weiterhin Anschläge und Entführungen hinnehmen.

Ein weiteres Problem, das häufig mit religiösem Extremismus einhergeht, ist die exzessive Macht muslimischer Clans und ihrer privaten Milizen. Die Anarchie auf der Insel und vor allem der fortgesetzte Waffenhandel hat es politischen Leadern ermöglicht, private Armeen zu rekrutieren, um in den Provinzen, die ihrer Kontrolle unterstehen, ihre Macht zu erhalten.

In Maguindanao attackierte am 23. November ein Kommando bestehend aus etwa hundert bewaffneten Männern, die zum Clan von Andal Ampatuan Sr., Gouverneur der Autonomen Region in muslimisch-Mindanao, gehörten, einen Konvoi, in dem 57 Personen reisten. Die Reisenden gehörten zum Clan von Ishmael „Toto“ Magudadatu, dem Vizebürgermeister von Buluan und Ampatuans größtem Gegenspieler bei den Gouverneurswahlen der Provinz im Mai 2010. Alle in dem Konvoi starben bei diesem Anschlag, einschließlich der Ehefrau Mangudadatus.

Dieser Vorfall, der als eines der schlimmsten Massaker in der Geschichte der Philippinen gilt, erschütterte die Öffentlichkeit, und am 5. Dezember verhängte die Regierung das Kriegsrecht in der autonomen Region. Sowohl die Kirche als auch die Politiker bezeichneten dieses Vorgehen als verfassungswidrig und beschuldigten die Regierung, die in ihren Augen unfähig war, mit der Situation fertig zu werden.

Das Kriegsrecht endete am 12. Dezember 2009. Während der sieben Tage, in denen es angewandt wurde, verhaftete die Armee 523 Personen. Einsätze von Soldaten und der nationalen Polizei förderten auch drei weitere Massenmorde zutage, die in der Vergangenheit stattgefunden hatten – unter insgesamt 247 Anzeigen wegen Gewalt, die dem Justizministerium (DOJ) vorlagen. All diese Berichte waren bis dahin von lokalen Polizeikräften in Absprache mit den lokalen Clans, die die Region kontrollierten, zu den Akten gelegt worden.

Anschläge auf Christen und Entführungen

Am 5. Juli 2009 detonierte eine Bombe in Cotabato neben der Kathedrale Mariä Empfängnis, während Msgr. Orlando Quevedo die Messe zelebrierte. Die Explosion des Sprengkör-

pers tötete fünf Menschen, darunter ein dreijähriges Kind, und verwundete weitere 45. In einem Interview nach dem Anschlag sagte Msgr. Quevedo: „Der Anschlag war nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein Sakrileg“. Er forderte alle Katholiken auf, für die Konversion der Angreifer zu beten. Niemand bekannte sich zu dem Attentat, obwohl die Armee von Anfang an die MILF beschuldigte, die jedoch jegliche Beteiligung bestritt.

Am 27. Oktober beschädigte in Jolo, der Hauptstadt der Provinz Sulu, eine Granate die Kathedrale Unserer Lieben Frau vom Berge Karmel. Niemand starb bei dem Anschlag, doch aufgrund der Angst vor weiteren Anschlägen sagte Msgr. Angelito Lampon, der apostolische Vikar der Diözese, die Messen ab, die am 1. und 2. November für Allerheiligen und Allerseelen geplant waren. Auch in diesem Fall bekannte sich niemand offiziell zu dem Anschlag, doch der Verdacht fiel auf die terroristische Gruppe Abu Sajaf, die auf dem Sulu-Archipel sehr aktiv ist.

2009 kam es zusätzlich zu den Bombenanschlägen auch zu einer Reihe von Entführungen, die von kriminellen Banden wegen des Lösegelds begangen wurden und bei denen die Angst vor islamischem Extremismus ausgenutzt wurde, um die verlangten Summen in die Höhe zu treiben. Zu den Entführten zählte der Italiener Eugenio Vanni, Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes, und Pater Michael Sinnott, ein irischer Missionar der Missionsgesellschaft St. Columban.

Am 15. Januar 2009 entführte eine Gruppe bewaffneter Männer in Jolo (Sulu) drei Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes: den 39-jährigen Italiener Eugenio Vagni, den Schweizer Andreas Notter, ebenfalls 39, und den 37-jährigen Philippiner Jean Lacaba. Drei Monate lang drohten die Entführer, die Armeequellen zufolge mit Abu Sajaf in Verbindung standen, ihre Geiseln zu enthaupten, und verlangten den Rückzug der Truppen, die von Manila entsandt worden waren, um das Versteck der Kidnapper herauszufinden. Aus Sicherheitsgründen verhängten die Behörden den Ausnahmezustand im ganzen Sulu-Archipel. Notter und Lacaba wurden im April freigelassen, während der italienische Staatsbürger Vagni noch bis zum 11. Juni warten musste. Offizielle Quellen leugnen, dass ein Lösegeld gezahlt wurde, doch lokalen Medien zufolge kamen sie frei, nachdem die Armee zugestimmt hatte, die beiden Frauen und Kinder eines hochrangigen Führers von Abu Sajaf auf der Insel Jolo freizulassen, die wenige Tage vor der Befreiung der Geiseln festgenommen worden waren.

Pater Michael Sinnott, ein älterer Missionar der Missionsgesellschaft St. Columban, wurde am 11. Oktober 2009 von sieben nicht identifizierten Männern aus seinem Haus in Pagadian (Zamboanga City) entführt. Auf der Flucht vor der philippinischen Armee, die die Ermittlungen nur wenige Tage nach der Entführung übernahm, zwangen die Entführer Pater Sinnott, einen Monat lang durch den Dschungel in der Provinz Lanao del Norte, 150 km

von Zamoanga entfernt, zu marschieren.

In den Tagen, die auf die Entführung folgten, organisierten die Bewohner von Pagadian und Zamobanga, Katholiken ebenso wie Muslime, eine Reihe von Gebetswachen für die Befreiung des Priesters. Auch die Konferenz der philippinischen Ulama setzte sich für den Priester ein und verurteilte die Entführung, die sie als „im Widerspruch zu den Gesetzen des Islam, der Christenheit und aller anderen Religionen“ beschrieb. Die religiösen Verantwortlichen prangerten zudem die Praxis der Medien an, den Islam so zu instrumentalisieren, „dass er nur dazu dient, Muslime von ihren christlichen Brüdern zu trennen“.

Pater Sinnott wurde am 12. November freigelassen, nach einer gemeinsamen Aktion der philippinischen Armee und von Mitgliedern der MILF, die anfangs für die Entführung verantwortlich gemacht worden war. „Sofort nachdem sie mich gefangen genommen hatten“, sagte Pater Sinnott in einem Interview nach seiner Freilassung, „luden mich die sieben Entführer auf ein Boot und brachten mich nach Lanao, wo sie mich zwei Wachen übergaben. Nach der Überquerung der Sümpfe brachten sie mich in einen Wald.“ Er gab auch an, im Dschungel sei sein einziger Schutz ein Zelt aus Ästen und eine Hängematte gewesen; er sei jedoch von seinen Entführern gut behandelt worden. „Lösegeld war der Grund für meine Entführung“, sagte Pater Sinnott. „Sie versicherten mir immer, mich nicht töten zu wollen.“ Die Identität der Männer ist nach wie vor nicht bekannt.

Zeichen der Hoffnung: Die Konferenz der Bischöfe und Ulamas

Nach vierzig Jahren Krieg hat die Zivilbevölkerung in Mindanao – sowohl Christen als auch Muslime – in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen ins Leben gerufen, die zum Ziel haben, der Region durch interreligiösen Dialog Frieden zu bringen. Ein Beispiel für diese Arbeit ist die Konferenz der Bischöfe und Ulamas (BUC), die 1996 von der Philippinischen Bischofskonferenz geschaffen wurde. Sie besteht aus 24 katholischen Bischöfen, 18 evangelischen Verantwortungsträgern und 24 Ulamas und organisiert jedes Jahr „die Woche für den Frieden in Mindanao“, um „im Namen Gottes“ zu verlangen, dass dieser Krieg enden möge. Als die Feindseligkeiten zwischen der Armee und der MILF im Zeitraum zwischen April und Mai 2009 erneut ausbrachen, organisierten Mitglieder der BUC etwa 300 Fokus-Diskussionsgruppen in den verschiedenen Städten der Insel und brachten über sechstausend Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft zusammen. Diese Zusammenkünfte waren nützlich, um Regierung und Rebellen für die wahren Bedürfnisse der Menschen zu sensibilisieren, und haben die BUC zu einer der wichtigsten Organe in der Debatte im Friedensprozess gemacht.

Außergerichtliche Tötungen und der Tod von Pater Cecilio Lucero

In den Jahren der Regierung von Präsidentin Gloria Arroyo kam es auf den Philippinen zu einer erheblichen Zunahme außergerichtlicher Tötungen. Die Opfer waren häufig Men-

schenrechtsaktivisten und Priester, die die Bauern verteidigten. Die Verbrechen konzentrierten sich vor allem in Gebieten, in denen es Konflikte zwischen der philippinischen Armee und der Neuen Volksarmee (NPA), dem bewaffneten Zweig der Kommunistischen Partei der Philippinen, gibt.

Unter dem Vorwand, die Rebellen zu bekämpfen, begeht die Armee gewalttätige Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung und tötet oder inhaftiert diejenigen, die das Militär kritisieren. Die meisten dieser Morde bleiben ungestraft.

Am 7. September 2009 töteten in der Region Nord-Samar (einer Insel südöstlich von Manila) dreißig bewaffnete Männer Pater Cecilio Lucero, den Direktor des Menschenrechtszentrums *Social Action Center* (SAC). Kurz vor seiner Ermordung war er von Angehörigen des Militärs bedroht worden, die er fortgesetzter Übergriffe auf die Bevölkerung beschuldigt hatte. Der Ermordung dieses Priesters folgte eine Serie von Morden – von der Polizei immer noch nicht aufgeklärt –, der 2009 mindestens 18 Menschen zum Opfer fielen.

Msgr. Emmanuel Trance, Bischof von Catarman, gab an, Pater Lucero habe sich „durch seine Arbeit bei der Verteidigung der Menschenrechte und weil er verdächtige Todesfälle untersuchte, die zwischen Januar und September 2009 stattfanden, gegen die Soldaten und die kommunistischen Rebellen gestellt“. Der Prälat schließt nicht aus, dass bei dem Mord auch politische Gründe eine Rolle gespielt haben könnten. Im Moment seines Todes waren zwei Brüder von Pater Lucero an der regionalen Politik beteiligt. Gemäß Flor Chantal Eco, Sekretärin der Menschenrechtsvereinigung *Katungod Sinirangang Bisaya*, ist es offensichtlich, dass Pater Lucero getötet wurde, weil er sich für die Menschenrechte einsetzte. Sie gab an: „Viele Bauern wandten sich an ihn und baten ihn jedes Mal um Beistand, wenn Soldaten oder Rebellen ihre Rechte verletzten.“ Weiterhin stellte Eco fest: „Wegen seiner Arbeit zugunsten der Bevölkerung war er oft von Soldaten bedroht worden – in einem solchen Ausmaß, dass er mit einer Eskorte reisen musste.“

Am 8. September organisierte die ökumenische Organisation für Menschenrechte *Promotion of the People's Response* (PCPR), deren Vorsitzender Pater Lucero von 2001 bis 2003 gewesen war, eine große Veranstaltung, um gegen seinen Tod zu protestieren und Gerechtigkeit von der Regierung zu fordern. Den Protestierenden zufolge war der Priester, bekannt als „Verteidiger der Armen und Unterdrückten“, ein weiteres Opfer der zahlreichen Morde, die sich auf der Insel ereigneten – Vorfälle, die Pater Lucero selbst untersucht hatte.

Quellen

www.asianews.it

U.S. Department of State, Annual Report on International Religious Freedom, ed. 2009;
ed. 2010

Human rights watch

www.inquirer.net

www.cbcnews.net

www.oecumene.radiovaticana.org